Zeitschrift: Unsere Kunstdenkmäler : Mitteilungsblatt für die Mitglieder der Gesellschaft für Schweizerische Kunstgeschichte = Nos monuments d'art et d'histoire : bulletin destiné aux membres de la Société d'Histoire de l'Art en Suisse = I nostri monumenti storici : bollettino per i membri della Società di Storia dell'Arte in Svizzera

Herausgeber: Gesellschaft für Schweizerische Kunstgeschichte

Band: 33 (1982)

Heft: 3

Artikel: Europäische Stadterneuerungskampagne in der Schweiz

Autor: Bischof, Erwin

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-393456

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

EUROPÄISCHE STADTERNEUERUNGSKAMPAGNE IN DER SCHWEIZ

von Dr. Erwin Bischof, Sekretär des nationalen schweizerischen Komitees

Die vom Europarat ins Leben gerufene Stadterneuerungskampagne hat sich das ehrgeizige, aber nicht minder notwendige Ziel gesteckt, die Lebensverhältnisse in den städtischen Agglomerationen zu verbessern. Es besteht kein Zweifel: unsere Städte haben seit dem Zweiten Weltkrieg einen tiefgreifenden Wandel erlebt. Zuerst erfuhren sie ein starkes Wachstum an Einwohnern, seit Jahren jedoch wachsen nur noch die Arbeitsplätze. Die Bewohner und damit die Steuerzahler nehmen ständig ab, die Agglomeration dehnt sich immer mehr aufs Land aus. Die motorisierten Pendlerströme in die Zentren nehmen immer grössere Ausmasse an. Viele Stadtbewohner sind mit ihren Familien ins «Grüne» der Aussengemeinden umgezogen und haben sich zu Stadtbenützern gewandelt. Die Stadt hat ihre ursprüngliche Einheit als Wohn-, Arbeits- und Freizeit-Ort verloren. Das alte Sprichwort «Stadtluft macht frei» kann heute nicht mehr uneingeschränkt gelten.

Zwar stehen die Schweizer Städte im Vergleich mit den europäischen Metropolen wie Paris, London, Berlin, Amsterdam, Athen usw. in mancher Beziehung noch gut da. Aber Probleme fehlen auch bei uns nicht. Aus diesem Grund hat der Bundesrat im Jahre 1980 die Teilnahme der Schweiz an der vom Europarat lancierten Kampagne beschlossen. Das *Schweizerische Komitee* unter der Leitung von Stadtpräsident Urs Widmer, Winterthur, hat eine nationale Plakatausstellung in den drei offiziellen Sprachen erstellt und in etwa 60 Städten präsentieren lassen. Verschiedene Symposien haben Fachleute wie Architekten, Ingenieure, Planer und Politiker auf die städtischen Anliegen aufmerksam gemacht. *Ziel all dieser Aktivitäten* war die Sensibilisierung der Bevölkerung für die Verbesserung der städtischen Umwelt (Bekämpfung von Lärm- und Luftverschmutzung); Förderung sozialer, kultureller und wirtschaftlicher Tätigkeiten; Verbesserung der Wohnverhältnisse (Altbausanierung, Familienwohnungen; Rolle der lokalen Behörden; Förderung eines Gemeinschafts- und Verantwortungsbewusstseins in der Bevölkerung.

Die Lebensfähigkeit der Städte zu stärken: Wenn diese Kampagne dazu einen Beitrag leisten konnte, dann hat sie ihren Zweck erreicht.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Internationale Konferenz. Bilanz der Europäischen Kampagne zur Stadterneuerung. Berlin (West), 11. März 1982

Europäische Städte sind seit ihrer Entstehung eine wesentliche Grundlage für die Entwicklung unserer Zivilisation. Als Wirtschafts- und Kulturzentren sind und bleiben sie Ort der Begegnung und Quelle eines ausgeprägten Gemeinsinns.

Tiefgreifende Veränderungen in der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur sämtlicher europäischer Länder haben die räumliche und funktionelle Struktur der Städte beeinflusst und auch starke soziale Spannungen entstehen lassen. Unzufriedenheiten und Konflikte der Gesellschaft kommen am deutlichsten in den Städten zum Ausdruck.

Angesichts dieser Situation benötigen wir eine starke und klare Politik, die die Zukunft unserer Städte absichert.

Städte sind lebendige, komplexe Organismen. Jede Stadt hat ihren eigenen Charakter und ein besonderes Potential, das unter anderem durch ihre Grösse und ihre geographische Lage bedingt ist. In ganz Europa ist man sich weitgehend einig im Bestreben nach Verbesserungen, die auf gemeinsamen Grundsätzen beruhen.

Im Rahmen der vom Europarat ins Leben gerufenen und durchgeführten Europäischen Kampagne zur Stadterneuerung mit dem Motto «Städte zum Leben», wurden zehn Hauptforderungen herausgestellt.

Die Teilnehmer der im Reichstag in Berlin (West) vom 8. bis 11. März 1982 durchgeführten Internationalen Konferenz «Bilanz der Europäischen Kampagne zur Stadterneuerung» haben diese Forderungen in nachstehenden Schlussfolgerungen zusammengefasst:

1. *Die wichtige Rolle der Stadt in der europäischen Gesellschaft ist sowohl unbestreitbar als auch unabdingbar.* Die Stadt sollte weiterhin die Hoffnungen des Menschen anregen und erfolgversprechende Bedingungen für die Gemeinschaft schaffen. Sie sollte ihren Bewohnern einen günstigen Lebensraum bieten und ein Zentrum der kulturellen und wirtschaftlichen Lebenskraft bleiben.

Unabhängig von ihrer Grösse spielen die Städte eine wichtige Rolle im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben. Um diese Rolle aufrechtzuerhalten, sind angemessene Massnahmen ohne Beeinträchtigung landwirtschaftlicher und forstwirtschaftlicher Nutzflächen durchzuführen.

2. *Die Verwaltung und Entwicklung der Stadt müssen von der menschlichen Dimension massgeblich geprägt werden.* Der von der Stadt zu gestaltende Lebensraum muss den Bewohnern ein Gefühl der Sicherheit und der Identifikation vermitteln.

Sämtliche Massnahmen und Eingriffe sollten einfühlsam sein. Sie sollten die gesellschaftlichen und räumlichen Strukturen und Traditionen berücksichtigen, die wichtige Rolle des Wohnumfeldes anerkennen und Voraussetzungen schaffen, die es dem einzelnen und der Gemeinschaft ermöglichen, ihre Ideale zu verfolgen und ihre Ziele zu verwirklichen.

Grosse Projekte mit einseitiger Zielsetzung sollten häufiger durch kleinere, schrittweise zu verwirklichende Einzelmassnahmen ersetzt werden. Dies dürfte bestehende Strukturen weniger stören und dazu beitragen, dass neue Entwicklungen zu Verbesserungen in mehreren Gebieten führen. Dadurch würde auch die Vielseitigkeit und die Identität unserer Städte aufrechterhalten bleiben.

3. *Die Bürger sollten an den Entscheidungsprozessen im städtischen Leben verstärkt beteiligt werden.* Entscheidungen über die Erneuerung von Städten und die Verbesserung der städtischen Umwelt sollten nach den Wünschen und Interessen der Bürger getroffen und verwirklicht werden.

Bürgerbeteiligung sollte zu einem ausgewogeneren sozialen Gleichgewicht beitragen. Um gegenteilige Wirkungen zu vermeiden, sind auch die Meinungen benachteiligter Gruppen zu erfassen und angemessen zu berücksichtigen.

Die Beteiligung der Bürger erfordert einen strukturellen Rahmen, Ressourcen, Zeit, Mittel und Hilfeleistungen. Bürgergruppen müssen sich mit Hilfe von Experten, die ihnen zur Verfügung gestellt werden, das Wissen und die Verfahrensweisen aneignen, die für einen erfolgreichen Dialog mit zuständigen Personen und städtischen Institutionen notwendig sind.

Bürgerbeteiligung bedarf einer verantwortungsbewussten Zusammenarbeit zwischen Politikern, Vertretern der Verwaltung, Experten und den Bürgern um ein besseres gegenseitiges Verständnis zu erreichen.

4. *Die Rolle der kommunalen Verwaltung sollte verstärkt werden.* Im Rahmen der nationalen Politik sind die kommunalen Verwaltungen am besten geeignet, die zunehmende Komplexität des städtischen Lebens zu erfassen und entsprechende Lösungen anzubieten. Sie sollten daher die notwendigen Mittel erhalten, um ihre Aufgaben wirkungsvoller erfüllen zu können.

Um die Entscheidungsfindung zu dezentralisieren, sollten die Verwaltungsstrukturen überdacht werden. Dezentralisierung allein ist jedoch keine Lösung. Vielmehr wird eine enge Zusammenarbeit zwischen Lokalpolitikern, Behörden und Nachbarschaftsorganisationen als notwendig angesehen.

5. Adäquater Wohnraum muss in der Stadt geschaffen werden. Sowohl durch die Erneuerung alter Stadtviertel als auch durch Neubauten müssen im Zuge wechselnden Bedarfs Wohnungen mit angemessenem Komfort zu tragbaren Mieten insbesondere für die einkommensschwächsten Bürger zur Verfügung gestellt werden. Erforderliche Erneuerungen des vorhandenen Wohnraums sollten soweit als möglich ohne Umsetzung der Bewohner oder Störung der vorhandenen Sozialstruktur durchgeführt werden.

Mit Vorrang sollten die staatlichen Hilfen zur Stadterneuerung für die schlechtesten Wohngebiete verwendet werden. Dies setzt die aktive Mitwirkung der Bewohner voraus. Mit Nachdruck sollte auf die Bedeutung kontinuierlicher Erhaltungs- und Instandsetzungsmassnahmen hingewiesen werden.

6. Die Erneuerung bestehender Bauten ist von grundlegender Bedeutung, da die Bausubstanz eine wichtige Ressource darstellt. Bei der Erneuerung von Stadtteilen sollte der Modernisierung von Wohnungen der Vorrang gegenüber dem Neubau von Wohnungen gegeben werden.

Zweck der Erneuerung ist es, die Bausubstanz zu erhalten, damit sie der Gesellschaft in geeigneter Weise dienen kann. In einer Zeit beträchtlicher Funktionsänderungen europäischer Städte geht es vor allem darum, alte Gebäude ihrem Charakter entsprechend wirtschaftlich zu nutzen. Die Erneuerung bisher nicht ausreichend genutzter Anwesen eröffnet den Städten verschiedene Möglichkeiten zur Aktivierung städtischen Lebens.

Durch Einbindung in den städtebaulichen Wandlungsprozess könnte die Erhaltung des architektonischen Erbes, das dem Bürger ein Gefühl des Stolzes und der Kontinuität seiner Stadt vermittelt, wesentlich gefördert werden.

7. Die Verbesserung der städtischen Umwelt fördert die Identifizierung der Bürger mit der Stadt, schafft Selbstvertrauen und unterstützt die gesellschaftliche und wirtschaftliche Erneuerung. Viele Chancen zur Verbesserung der städtischen Umwelt sind noch zu ergreifen: Eine der wichtigsten besteht darin, vorhandene Stadträume zu schützen; sie sind als Ort der Begegnung und als Bestandteil einer besser durchdachten Stadtplanung von grosser Bedeutung. Baumbepflanzungen und die geschickte Konzipierung von kleinen, punktuellen Verbesserungen sowie Gestaltung der Stadt fördert die Freude am städtischen Leben.

Im Interesse der Gesundheit und des Wohlergehens der Bewohner sind Lärm, Abgase und körperliche Gefahren in der Wohnumgebung so weit wie möglich zu vermeiden. Ein Beispiel in diesem Zusammenhang wären örtliche Einschränkungen für den Motorfahrzeugverkehr wie auch die sinnvolle Verkehrslenkung für Lastwagen.

Die Entwicklung effizienter und kostengünstiger öffentlicher Verkehrsmittel ist eine Voraussetzung zur Reduzierung des Individualverkehrs. Die Stadt wird dadurch vor störenden Einflüssen geschützt, ein funktionsfähiges Kommunikationssystem gewährleistet und so die Strasse für die Bewohner und Fussgänger zurückgewonnen.

8. Die Erhaltung der Stadt als Zentrum wirtschaftlicher Aktivitäten. Eine der wichtigsten Zielsetzungen der Stadtpolitik sollte darin bestehen, Beschäftigungsmöglichkeiten zu erhalten oder zu schaffen.

Grosse Industriebetriebe können sich negativ auf die städtische Umwelt auswirken. Eine Konzentration solcher Aktivitäten in Gebieten, die dafür nicht ausdrücklich ausgewiesen sind, sowie die Abhängigkeit solcher Betriebe von Grosskonzernen sollte daher in Zukunft vermieden werden.

Die Stadtpolitik sollte vielmehr die Entwicklung kleinerer und mittlerer Betriebe fördern. Hierzu gehören sowohl die Unternehmen, die der Umgebung unmittelbar dienen, als auch hochspezialisierte Aktivitäten, die auf neueren technologischen Entwicklungen beruhen.

9. Gemeinschaftseinrichtungen sind eine wesentliche Voraussetzung für die Verbesserung städtischen Lebens. Die Gemeinschaftseinrichtungen in Erneuerungsgebieten sollten möglichst geringe Ausmasse haben und von verschiedenen Gruppen zu unterschiedlichsten Zwecken genutzt werden können. Solche Einrichtungen können in bestehenden Gebäuden untergebracht werden, benötigen jedoch genügend Mittel und Spielraum für die Selbstverwaltung.

Durch die Schaffung von sozialen und kulturellen Gemeinschaftseinrichtungen in benachteiligten Gebieten kann ein wesentlicher Beitrag zur Verbesserung des städtischen Lebens für Minderheiten geleistet werden. Ausserdem können solche Massnahmen alte und junge Menschen vor Problemen bewahren.

10. Die Verwirklichung dieser Ziele setzt die Umverteilung der Haushaltsmittel voraus. Da öffentliche Mittel nicht ausreichen, muss die private Beteiligung an der Finanzierung der Stadterneuerung gefördert werden.

Staatliche und kommunale Behörden sollten einen günstigen Rahmen für solche Investitionen schaffen und gleichzeitig geeignete Massnahmen einleiten um Bodenspekulation zu vermeiden.

Für die Erneuerung der Städte sind mehr Mittel bereitzustellen. Kommunalen Organisationen und Bürgergemeinschaften sollten Mittel zur Verfügung gestellt werden, um ihre Kenntnisse und Fähigkeiten dadurch nutzen zu können, dass sie bei der Verbesserung der Stadt mitwirken, insbesondere durch Selbsthilfeprogramme.

ZUKÜNFTIGE AKTIVITÄTEN

Es ist wichtig, dass die erwähnten Anforderungen durch entsprechende Aktionsprogramme erfüllt werden. In diesem Zusammenhang geben die Konferenzteilnehmer folgende Anregungen:

a) Mitgliedsländer des Europarats
Die Entscheidungsträger für Kommunalpolitik werden aufgefordert, die entsprechenden gesetzlichen, verwaltungsmässigen, technischen und finanziellen Mittel bereitzustellen, damit die Ergebnisse und Lehren der Kampagne in die Praxis umgesetzt werden können.

b) Europarat
Der *Ministerausschuss* wird aufgefordert, die Stadterneuerung als einen Schwerpunkt in seinen Aktivitäten zu betrachten und dafür zu sorgen, dass sein Arbeitsprogramm die Ergebnisse der Kampagne angemessen berücksichtigt.

Die *Parlamentarische Versammlung* sowie andere Instanzen innerhalb des Europarats oder mit dem Europarat assoziierte Organisationen werden ebenfalls veranlasst, die Stadterneuerung weiterhin als Prioritätsbereich zu betrachten und entsprechend zu fördern.

c) Internationale Organisationen in Europa
In Europa tätige staatliche sowie nicht-staatliche internationale Organisationen werden gebeten, das Anliegen der Kampagne auch in Zukunft zu unterstützen und dabei ihre wichtigsten Ergebnisse zu berücksichtigen.

SCHLUSSFOLGERUNG

Stadterneuerung sollte Freiheit und Kultur fördern, zwischenmenschliche Beziehungen verbessern, neue Anziehungsorte des Interesses und der Information schaffen, den Aktionsrahmen erweitern sowie soziale Zwänge mildern.

Dies lässt sich nur dann erfüllen, wenn die Bürger, die Gruppierungen und die Gemeinschaften einer Stadt zu denjenigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kräften, die ihre Leben wesentlich bestimmen, ein neues Verhältnis finden und bei deren Zielsetzungen die angemessene Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse erreichen.

Das grundlegende Anliegen dieser Kampagne war ein humanistisches Konzept des städtischen Lebens, in dem die Stadt nicht als Konglomerat materieller Bestandteile, sondern als gesellschaftliches Phänomen betrachtet wird. Diese Konferenz bildet den offiziellen Abschluss der Kampagne. Die Teilnehmer an der Konferenz äusserten jedoch den gemeinsamen Wunsch, dass diese den Auftakt zu einer Erneuerung der Städte in Europa geben möge.